

**TOP 5: Projekt zur Verwirklichung von Open Data als Standard in Rheinland-Pfalz**

- Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung -

**Beschluss:**

1. Der Ministerrat nimmt die vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung vorgelegte Projektbeschreibung zur Verwirklichung von Open Data als Standard in Rheinland-Pfalz zustimmend zur Kenntnis und bittet das Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung darum, ein ressortübergreifendes Projekt mit den vier Teilprojekten Recht, Strategie, Technik sowie Organisation und Konzeption zur Verwirklichung von Open Data als Standard in Rheinland-Pfalz einzurichten.
2. Der Ministerrat bittet die Ressorts um Benennung von Ansprechpartnern und Unterstützung im Projekt, um an der Erarbeitung der Open Data-Strategie im Teilprojekt Strategie und anlassbezogen in den übrigen Teilprojekten mitzuwirken, um die umfassende rechtliche, technische und organisatorische Umsetzung von Open Data für die unmittelbare Landesverwaltung sicherzustellen.

**Erläuterungen:**

Zur Erfüllung ihrer öffentlich-rechtlichen Aufgaben erheben die Behörden des Landes eine Fülle von unterschiedlichsten Daten, die nicht sensibel oder personenbezogen sind. Sie verfügen damit über einen enormen Datenpool, der auch über die Grenzen der jeweiligen Behörde hinaus nutzbar gemacht werden kann, sei es als Grundlage für Beteiligung, Wissen und Innovationen, zur Ermöglichung neuer Geschäftsmodelle oder zur Förderung von Transparenz und Offenheit der Verwaltung. Um möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen, der Wissenschaft, sozialen Einrichtungen und Initiativen sowie Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung entgeltfrei Zugang zu diesen Daten zur freien Nutzung zu ermöglichen, sollte die Bereitstellung dieser Daten durch die Behörden des Landes als Open Data standardisiert erfolgen und signifikant erhöht werden.

Diesem Ansinnen trägt auch der Zukunftsvertrag „Koalition des Aufbruchs und der Zukunftschancen“ Rechnung, indem die Regierungskoalition hierin die kostenfreie Bereitstellung entsprechender Daten in standardisierter, maschinenlesbarer Form zur uneingeschränkten Weiterverwendung vorsieht und der Entwicklung und Umsetzung einer Open-Data-Strategie eine hohe Bedeutung beimisst. Der Zukunftsvertrag sieht in diesem Zusammenhang weiterhin vor, dass vorhandene Daten- und Informationsplattformen inhaltlich weiter ausgebaut und zu einem zentralen, anwendungsfreundlichen Angebot zusammengeführt werden, das wenn möglich auch auf bundesweite Open-Data-Plattformen einspeist.

Für die Umsetzung der vorgenannten Zielsetzungen soll unter Leitung der Abteilung 63 – Digitalisierung – im Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung ein ressortübergreifendes Projekt mit den vier Teilprojekten Recht, Strategie, Technik sowie Organisation und Konzeption eingerichtet werden. Ziel des Projektes ist es, die rechtliche, technische und organisatorische Umsetzung von Open (Government) Data für die unmittelbare Landesverwaltung sicherzustellen. Gleichzeitig soll die freiwillige Einbindung der Kommunen, der sonstigen mittelbaren Landesverwaltung sowie von weiteren Akteuren in diesem Zusammenhang ermöglicht werden.